

DGAPanalyse

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)
Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

Dezember 2008 N° 4

Skeptiker an Europas Spitze?

Ein Ausblick auf die
tschechische EU-Ratspräsidentschaft
in der ersten Jahreshälfte 2009

von Marie-Lena May

Zusammenfassung

Skeptiker an Europas Spitze?

Ein Ausblick auf die tschechische EU-Ratspräsidentschaft 2009

von Marie-Lena May

Am 1. Januar 2009 übernimmt die Tschechische Republik den Ratsvorsitz der Europäischen Union.

Drei Hauptthemen stehen auf der tschechischen EU-Agenda: Energie, Wirtschaft und EU-Außenbeziehungen. Spezifisch tschechische Akzente sind vor allem in der östlichen Partnerschaft zu erwarten. Zusätzlich will Tschechien eine Mittlerfunktion zwischen der EU und Russland einnehmen und wird die ersten Treffen mit der neuen US-Regierung moderieren. Zurückhaltend werden die tschechischen Diplomaten bei der Debatte um den Vertrag von Lissabon sein, der in Tschechien voraussichtlich im Februar ratifiziert wird.

Die Kritik in der europäischen Öffentlichkeit an Tschechiens Fähigkeit, die EU zu führen, hat im Land die proeuropäischen Kräfte über Parteigrenzen hinweg gestärkt. Die tschechische Regierung kann sich in der Europa-Politik auf eine stabile koalitionsübergreifende Mehrheit stützen.

Summary

Skeptics leading Europe?

A forecast on the Czech EU presidency 2009

by Marie-Lena May

From January 1, 2009 on, the Czech Republic chairs the Council of the European Union for half a year.

Three main topics appear on the Czech EU agenda: energy, economy and EU foreign relations. Specific Czech impulses are expected mainly in the Eastern partnership. In addition, the Czech Republic wants to act as a mediator between the EU and Russia and as well will moderate the first meetings with the new US government. The Czech Republic will presumably ratify the Lisbon treaty in February, but the Czech diplomats are not expected to further contribute to a solution in Ireland.

Critical voices in European public concerning Czech ability to lead the EU have strengthened the pro-European forces in all Czech parties. In European politics, the Czech government can rely on a solid cross-party majority.

Inhalt

Die Akteure.....	6
Organisatorische Grundlagen	7
Die Agenda	8
Ein wettbewerbsfähiges und offenes Europa	8
Nachhaltige und sichere Energie.....	9
Europa als globaler Partner	9
Der Vertrag von Lissabon.....	10
Fazit	11
Anmerkungen.....	12

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Skeptiker an Europas Spitze?

Ein Ausblick auf die tschechische EU-Ratspräsidentschaft 2009

von Marie-Lena May

Am 1. Januar 2009 übernimmt die Tschechische Republik von Frankreich den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU). Statt eines erfahrenen Staates mit einem starken Präsidenten wie Nicolas Sarkozy wird nun ein mittelgroßes Land die EU leiten, das erst seit fünf Jahren der Union angehört. Tschechien wird heute als »EU-kritisch« wahrgenommen. Das liegt vor allem an der ablehnenden Haltung des Staatspräsidenten Václav Klaus. Er lehnt es ab, während der EU-Ratspräsidentschaft die EU-Fahne auf der Prager Burg, seinem Amtssitz, zu hissen. In Irland traf er sich mit Declan Ganley, dem Organisator der irischen Kampagne gegen den Vertrag von Lissabon, und nannte sich selber einen »EU-Dissidenten«.¹ Gegen eine reibungslose Präsidentschaft spricht auch die Schwäche der Regierung. Die regierende Koalition aus der konservativen ODS (Občanská demokratická strana), den Grünen (Strana Zelených) und der christlich-konservativen KDU-ČSL (Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová) steht auf wackligen Beinen. Sie vereint nur 98 von 200 Sitzen auf sich.² Die ODS musste bei den Regionalwahlen und den Wahlen zur zweiten Kammer, dem Senat, im September 2008 bittere Niederlagen einstecken. Im Senat verlor die ODS dadurch die Mehrheit. Kurz davor überstand die Regierung mit nur einer Stimme das vierte Misstrauensvotum in der kurzen Regierungsdauer seit Januar 2007.³

Aufgrund dieser innenpolitischen Lage zweifeln manche europäische Politiker und Medien an der notwendigen Führungsstärke und dem Willen der tschechischen Regierung zur organisatorischen und inhaltlichen Leitung der EU. Abgeordnete im Europa-Parlament wie der CSU-Politiker Markus Ferber befürchten einen Stillstand in der EU ab 1. Januar 2009. Zeitungen wie der französische *Le Figaro*, der österreichische *Standard* und die *Financial Times* Deutschland diskutierten, ob die Rats-

präsidentschaft Frankreichs nicht um ein halbes Jahr verlängert werden sollte.⁴

Der tschechische EU-Vorsitz fällt in eine wichtige Phase der EU: Der Vertrag von Lissabon soll in Kraft gesetzt, die Wahlen zum Europa-Parlament organisiert und die Europäische Kommission neu zusammengestellt werden. Die Auswirkungen der Finanzkrise, der Umgang mit Russland und der Beginn der neuen US-Regierung bestimmen die Politik.

Wie wird die Tschechische Republik die Europäische Union in dieser wichtigen Phase beeinflussen?

Erstens wird Tschechien den Vorsitz konstruktiv organisieren, da nicht die europakritischen Politiker in Tschechien die Ratspräsidentschaft prägen, sondern drei vorwiegend proeuropäische Akteure:

- (1) Europa-Minister Alexandr Vondra
- (2) Ministerpräsident Mirek Topolánek und
- (3) Außenminister Karel Schwarzenberg.

Zweitens basieren die politischen Positionen Tschechiens vor allem auf drei Spezifika:

- (1) Das Land liegt geopolitisch und historisch zwischen Ost und West.
- (2) Die Außenpolitik ist transatlantisch ausgerichtet.
- (3) Die tschechische Politikkultur ist pragmatisch und wirtschaftsliberal ausgerichtet.

Drittens wird Tschechien den Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon zwar nicht aufhalten, aber auch keine eigenen Positionen zur Lösung des Problems einbringen.

Die Akteure

Die Medien nehmen den Staatspräsidenten Václav Klaus am deutlichsten wahr. Die Politik während der Ratspräsidentschaft entscheiden aber vor allem drei tschechische Politiker: Europa-Minister Alexandr Vondra (ODS), der für die Vorbereitungen und Durchführung der Ratspräsidentschaft verantwortlich ist, der Ministerpräsident und ODS-Vorsitzender Mirek Topolánek und Außenminister Karel Schwarzenberg, der von den Grünen nominiert wurde. Václav Klaus spielt als Staatspräsident im tschechischen politischen System vorwiegend eine repräsentative Rolle.

Der »Euroskeptizismus« prägt das Bild der tschechischen Europa-Politik im Ausland, da Václav Klaus ihn offensiv und medial präsent vertritt. Klaus beeinflusst als Präsident der parlamentarischen Republik die Politikentscheidungen jedoch bei weitem nicht so sehr wie von 1992 bis 1997 als Ministerpräsident. Vor allem in den Neunzigern war er für die liberale Wirtschaftspolitik (»Marktwirtschaft ohne Adjektive« in Anspielung auf die deutsche soziale Marktwirtschaft) und die starke transatlantische Ausrichtung der ODS verantwortlich. Heute hat er als Präsident jedoch hauptsächlich repräsentative Funktionen, und seine Rolle ist nicht mit der von Nicolas Sarkozy während des französischen EU-Vorsitzes zu vergleichen.

Václav Klaus, der die ODS gründete, steht im Konflikt mit der Parteiführung. Nach den verlorenen Senats- und Kommunalwahlen im September 2008 griff Klaus seinen langjährigen innerparteilichen Feind Topolánek offen an. An dessen Stelle hätte Klaus gerne seinen Gefolgsmann, den Prager Bürgermeister Pavel Bém, gesehen. Die ODS-Vorstandswahl im Dezember 2008 gewann jedoch Topolánek mit 284 zu 162 Stimmen gegen Bém. Gründe für die Unstimmigkeiten sind der Flügelstreit innerhalb der ODS, zwischen dem nationalkonservativen Flügel (die »Klaus-Partei«) und einem gemäßigten liberalen mit Topolánek an der Spitze. Wie stark die Verwerfungen sind, zeigte Klaus nach der Wiederwahl Topoláneks zum ODS-Vorsitzenden. Klaus legte nach achtzehn Jahren in der ODS seinen Ehrenvorsitz der Partei nieder. Er plant nun, eine neue Partei im rechten Spektrum zu gründen.⁵ Beobachter meinen, dass Klaus sich damit ins poli-

tische Abseits manövriert und er besser seine Niederlage anerkennen sollte.

Den Rücktritt vom Präsidentenamt hat jedoch noch niemand gefordert. Denn auch wenn Klaus politisch keine führende Rolle mehr spielt, wie auch David Král, Experte des tschechischen Think-Tanks Europeum betont, dürfe sein Einfluss auf die Bevölkerung nicht unterschätzt werden.⁶ So geben 69 Prozent der Befragten in der landesweiten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Zentrum für empirische Forschung (Středisko empirických výzkumů, STEM) im Oktober 2008 an, dass sie Klaus Vertrauen entgegen bringen.⁷ Er steht für seine Meinung ein und bringt Stabilität in die fragile, von Skandalen überlagerte Politikelite. Er erlangt vor allem bei den Tschechen Sympathie, die befürchten, das Land würde zwischen den europäischen Großmächten marginalisiert werden.

Auch wenn die Bevölkerung die Person Klaus schätzt, werden seine Politik und seine Handlungsweise in der Außenpolitik nicht von der Mehrheit unterstützt. Laut einer Umfrage von STEM im Oktober 2008 meinen dreiviertel der Tschechen, dass Klaus im Ausland nicht ohne Rücksicht auf die Regierung seine eigene Meinung vertreten darf. Die Hälfte gab an, Klaus schade mit seiner Meinung dem Ansehen Tschechiens.⁸

Die Außenpolitik der ODS und damit den EU-Ratsvorsitz bestimmen heute vielmehr Europa-Minister Alexandr Vondra und der Ministerpräsident und ODS-Parteivorsitzende Mirek Topolánek.

Alexandr Vondra war Sprecher der Charta 77 und gehörte zum Kreis um Václav Havel, dessen außenpolitischer Berater er von 1990 bis 1992 war. Seine Politik richte er einerseits auf Europa und andererseits auf die USA aus. Als ehemaliger tschechischer Botschafter in Washington bringt er Erfahrungen in den transatlantischen Beziehungen mit. Er beeinflusst die Agenda der EU-Ratspräsidentschaft von tschechischer Seite am meisten.

Mirek Topolánek ist seit 1989 in der Politik tätig, zunächst auf lokaler Ebene, anschließend im Senat. Ohne starkes außenpolitisches Profil überließ er die Vorbereitungen zum Ratsvorsitz lange Vondra.

Erst seit andere EU-Staaten die Befürchtung äußern, das Land sei nicht gut vorbereitet, greift er in die Europa-Politik ein. Diese Kritik zeigt der tschechischen Führungselite die Gefahr, sich durch schlechte Vorbereitungen zu blamieren und dadurch Einfluss und Ansehen in der EU zu verlieren. Dies führt zu einem Konsens über die Parteien hinweg, das kommende halbe Jahr erfolgreich und proeuropäisch zu gestalten. So ist die Bestätigung Topoláneks als ODS-Vorsitzender auch eine pragmatische Entscheidung, Stabilität und Kontinuität während des Ratsvorsitzes zu wahren. Beide Koalitionspartner, die Grünen und die KDU-ČSL, unterstützen eine vertiefte europäische Integration. Die größte Oppositionspartei, die sozialdemokratische ČSSD, sagt ihre Kooperation zu und kündigt für die Zeit des Ratsvorsitzes einen »Burgfrieden« an.⁹ Die offensive EU-Kritik von Klaus und der Druck der anderen EU-Staaten stärken die europäischen Kräfte in Tschechien und damit auch Topoláneks Regierung.

Neben den beiden ODS-Politikern prägt Außenminister Karel Schwarzenberg die tschechische EU-Ratspräsidentschaft. Schwarzenberg lebte als Dissident von 1948 bis 1989 in Österreich und besitzt neben der tschechischen die Schweizer Staatsbürgerschaft. Václav Klaus warf ihm deswegen vor, die tschechische Politik nicht adäquat zu vertreten. Die Bevölkerung urteilt jedoch anders. Im November 2008 war Schwarzenberg in einer repräsentativen Umfrage von STEM der zweitbeliebteste Politiker des Landes.¹⁰ Schwarzenberg selber bezeichnet sich als Mitteleuropäer. Oft kritisiert er die Ansichten von Klaus, wie jüngst beim Georgien-Konflikt und beim Treffen von Klaus mit Declan Ganley in Irland. Schwarzenberg setzt sich stark für Menschenrechte und eine proeuropäische Politik ein. Gegenüber Russland vertritt er eine kritische, aber pragmatische Linie.

Organisatorische Grundlagen

Unterstützt werden die drei Politiker hauptsächlich durch drei Institutionen:

- (1) das Amt für Europäische Angelegenheiten,
- (2) den Beamtenapparat des Außenministeriums in Prag und

- (3) die Ständige Vertretung der Tschechischen Republik bei der Europäischen Union in Brüssel.

Das Amt für Europäische Angelegenheiten, das Alexandr Vondra leitet, ist federführend bei der inhaltlichen und organisatorischen Durchführung des Ratsvorsitzes. Das Amt war früher im Außenministerium angesiedelt und wurde mit Blick auf die EU-Ratspräsidentschaft direkt der Regierung unterstellt. In dem Stab arbeiten keine altgedienten Beamten, sondern junge Mitarbeiter mit einem Durchschnittsalter von ca. 30 Jahren. Vondra habe »frischen Geist« und neue proeuropäische Gedanken hineingebracht, meint eine Mitarbeiterin. Denn die jungen Tschechen wuchsen zwar vor 1989 auf, wurden aber im zusammenwachsenden Europa ausgebildet, haben von EU-Programmen profitiert und kennen die EU und ihre Institutionen.

Der Beamtenapparat des Außenministeriums und die tschechische Ständige Vertretung in Brüssel unterstützen das Amt. Seit zwei Jahren wird hier die Präsidentschaft intensiv vorbereitet. Die Vertretung in Brüssel wurde mit nun 200 Mitarbeitern fast verdoppelt. Im Januar 2008 wurde die ehemalige Landwirtschaftsministerin Milena Vicenová (parteilos) Ständige Vertreterin. Sie bringt Erfahrungen mit den EU-Institutionen mit und spricht neben englisch auch deutsch und französisch. Auch das Außenministerium in Prag vergrößerte sich um meist junge, proeuropäische Mitarbeiter. Alle Mitarbeiter erhielten spezielle Trainings zur EU und Sprachkurse.¹¹ Tschechien verfolgte die Ratspräsidentschaft Sloweniens genau, das als erstes neues EU-Mitglied Anfang 2008 den Vorsitz innehatte, und holte sich die Expertise durch Austausch. Auch Deutschland unterstützt den Nachbarstaat organisatorisch. So waren während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 mehrere tschechische Beamte im deutschen Auswärtigen Amt als Austauschbeamte. Tschechische Beobachter meinen, dass gerade diese Beamten die Organisation des tschechischen Ratsvorsitzes bestimmen.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Europäische Angelegenheiten mit Alexandr Vondra an der Spitze, Schwarzenbergs Außenministerium und den Vertretungen im Ausland ist

einer der Drehpunkte für eine erfolgreiche Koordination des Vorsitzes. Noch lasse der Informationsfluss zu wünschen übrig, so ein tschechischer Diplomat. Den jungen Mitarbeitern fehlen wichtige Kontakte und Erfahrung. Die fehlende Kontinuität durch langjährige Mitarbeiter erschweren den Informationsfluss, klare Kompetenzzuschreibungen und eine reibungsfreie Kommunikation. Schaffen es die Verantwortlichen, hier die Koordination zu verbessern, ist Tschechien einer erfolgreichen Umsetzung der Agenda und dadurch auch einer positiven Wahrnehmung einen entscheidenden Schritt näher.

Die tschechische Ratspräsidentschaft ist organisatorisch gut aufgestellt. Der Grund dafür ist vor allem, dass das Amt für Europäische Angelegenheiten mit dem Vizepremierminister Vondra auf Regierungsebene relativ frei agieren kann. Zusätzlich können sich die drei Hauptakteure bei der Ratspräsidentschaft, Topolánek, Schwarzenberg und Vondra, auf einen Burgfrieden im Parlament verlassen. Denn der politische Wille, die Ratspräsidentschaft reibungslos zu organisieren, ist groß.

Die Agenda

Neben der organisatorischen Planung bereite die tschechische Regierung seit über einem Jahr die inhaltlichen Schwerpunkte vor. Unter dem Motto »Europa ohne Barrieren« stellte die tschechische Regierung die neue Gewichtung der Prioritäten (die drei »E«) im November 2008 vor:

- (1) **Ökonomik:** wettbewerbsfähiges und offenes Europa
- (2) **Energetik:** nachhaltige und sichere Energie
- (3) **Evropa a svět:** Europa als globaler Partner.¹²

Im November 2007 wurde bereits die erste Version der Agenda präsentiert. Zwei Prioritäten aus der ersten Fassung sind in den Hintergrund gerückt: »Ein Haushalt für Europas Zukunft« und »Ein sicheres und freies Europa«. Im Januar 2009 wird die endgültige Agenda veröffentlicht.

Die Prioritätensetzung spiegelt die tschechischen Politikinteressen wider. Im Folgenden werden die

»E« kurz erläutert und die tschechische Akzentsetzung beleuchtet.

Ein wettbewerbsfähiges und offenes Europa

Die erste Priorität, ein kompetitives und offenes Europa, ist der übergeordnete Schwerpunkt der Ratspräsidentschaft. Es soll unter anderem der erweiterte Wettbewerb gefördert und die Umsetzung der vier Freiheitsrechte im Binnenmarkt (Freiheit von Personen, Gütern, Dienstleistungen, Kapital) auch für die neuen Mitgliedstaaten vorangebracht werden. Innovationen, Bildung, Forschung und Entwicklung sollen unterstützt werden, um so dem Fachkräftemangel der EU entgegenzuwirken und die Wettbewerbsfähigkeit der EU auf dem globalen Markt zu steigern. Weiterer Eckpfeiler sind der Bürokratieabbau und eine Umsetzung einer liberalen Handelspolitik in der EU.

Die Ausführungen in der Agenda zeigen die wirtschaftsliberale Handschrift der ODS. Die ODS sieht in diesem Themengebiet eine Chance, ihre Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene voranzubringen.¹³ Jedoch hat die Finanzkrise die Lage stark verändert. In Europa werden Banken verstaatlicht. Dem EU-Staat Ungarn droht ein Staatsbankrott. Auch in der Tschechischen Republik sind die Auswirkungen zu spüren. Das Autowerk Škoda, einer der größten Arbeitgeber des Landes, schließt im November und Dezember 2008 zeitweise seine Werke.¹⁴ Da ist es schwer, in der EU und im eigenen Land Unterstützer für eine stärkere Liberalisierung des Marktes zu finden. Die tschechische Strategie in der Wirtschaftspolitik wird deswegen während der Ratspräsidentschaft defensiv und abwartend sein. Topolánek stellt zwar die ersten Wirtschaftsreformen für Tschechien vor. Vorschläge für eine gemeinsame EU-Wirtschaftspolitik sind von tschechischer Seite jedoch nicht zu erwarten. Die tschechische Regierung wird den EU-Staaten mit größerer Wirtschaftskraft die Führung überlassen.

Unter das Kapitel »offenes Europa« fällt auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle EU-Bürger. Das Ziel Tschechiens ist es, den Arbeitsmarkt in der EU auch für die mittel- und osteuropäischen EU-Staaten (EU-8)¹⁵ vollkommen zu öffnen. Die tschechische Regierung steht innenpolitisch unter Druck,

dies zu erreichen, denn die Bevölkerung fühlt sich als EU-Bürger zweiter Klasse. Die Regierung hat der Bevölkerung versprochen, dass die Beschränkungen fallen werden. Unterstützung erhält sie von der EU-Kommission, die in ihrem Mobilitätsbericht vom 18. November 2008 schreibt, die Beschränkungen des Arbeitsmarkts schaden sowohl den neuen als auch den alten Mitgliedstaaten ökonomisch.¹⁶ Für die tschechischen Politiker ist es die Chance, in diesem Themengebiet eine führende Rolle in der Region Mittel- und Osteuropa zu übernehmen, denn dieses Thema betrifft alle neuen Mitgliedstaaten.

Einige der EU-Staaten wie beispielsweise Großbritannien und Irland haben den Arbeitsmarkt für die EU-8 bereits liberalisiert. Aus Deutschland kommen jedoch andere Signale: Laut dem Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Arbeitsmigration von Juli 2008 wird die Bundesregierung abgesehen von Ausnahmen für Akademiker den deutschen Arbeitsmarkt für die EU-8 bis 2011 nicht öffnen.¹⁷ Vor der Bundestagswahl 2009 ist eine Änderung der deutschen Haltung unwahrscheinlich. Die Angst vor der Reaktion der deutschen Bevölkerung ist zu groß.

Nachhaltige und sichere Energie

Das Thema Energie wird aufgrund der unsicheren Energieversorgung Europas ein wichtiges Thema im nächsten halben Jahr sein. Das Ziel der EU ist die Diversifizierung des Energiesektors und eine gemeinsame EU-Energiepolitik für sichere, nachhaltige und kompetitive Energieressourcen. Die Energieeffizienz soll verbessert werden, um den Energiebedarf zu senken. Ein Treffen mit den Transitländern des Kaukasus und den Energielieferanten Zentralasiens und ein internationaler Gipfel zur Energiediversifizierung finden in der ersten Jahreshälfte 2009 statt. In der Agenda wird das Thema Energie direkt im Zusammenhang mit dem Klimawandel behandelt. Eine gemeinsame klimapolitische Strategie mit den USA soll entwickelt werden, sobald die neue US-Regierung im Januar 2009 die Arbeit aufnimmt.

In dem neuen Partnerschaftsabkommen mit Russland werden die Regierungen der EU mit Russland

auch um eine Garantie für sichere Energielieferungen verhandeln. Denn viele EU-Staaten sind abhängig von russischen Öl- und Gaslieferungen. Nach dem Georgien-Konflikt im August 2008 waren die EU-Russland-Beziehungen auf einem Tiefpunkt angekommen und Beobachter fürchten, dass Russland kein sicherer Handelspartner mehr ist und sich politische Konstellationen wie während des Kalten Krieges einstellen können. Inzwischen ist der politische Wille in der EU groß, die Beziehungen erneut zu verbessern. Für die tschechische Regierung bietet sich hier die Chance mitzuwirken und den Prozess zu beeinflussen. Tschechische Politiker, wie Schwarzenberg, betonen, dass man eine »gesunde Skepsis« gegenüber dem früheren Verbündeten habe und keine so aufgeheizte anti-russische Stimmung wie im Baltikum oder auch in Polen. Es gibt keine größeren Konfliktfelder wie im Baltikum durch die russische Minderheit und auch keine gemeinsame Grenze. Zwar gibt es historische Differenzen, vor allem wegen der gewaltvollen Niederschlagung des Prager Frühlings 1968, und die Erinnerungen an die Sowjetmacht sind in Tschechien noch frisch. Auch urteilt die Bevölkerung, dass die Beziehungen zu Russland überwiegend schlecht seien (52%), wie eine Umfrage von Dezember 2008 des Zentrums für Erforschung der öffentlichen Meinung (Centrum pro výzkum veřejného mínění, CVVM), das zur Akademie der Wissenschaft der Tschechischen Republik gehört,¹⁸ zeigt.

Jedoch ist Tschechien ein Land mit einer pragmatischen Politikkultur, das sich bei internationalen Konflikten meist zurückhält. So wird das Land in Russland auch nicht so negativ wahrgenommen, wie beispielsweise der Nachbar Polen, so ein Russland-Experte. Für Russland ist Tschechien ein Land, das eine neutrale moderierende Position einnehmen kann. Wenn die tschechische Regierung über den Schatten des antirussischen Reflexes springt, kann sie ihre relativ neutrale Position nutzen, um die EU-Russland-Gespräche erfolgreich zu moderieren.

Europa als globaler Partner

Gute Beziehungen zu Russland sind Bedingung für eine erfolgreiche Umsetzung des dritten Schwer-

punkts »Europa als globaler Partner«. Hier stehen vor allem drei Themen im Vordergrund:

- (1) die transatlantischen Beziehungen,
- (2) eine europäische Perspektive für die angrenzenden osteuropäischen Staaten und
- (3) der EU-Erweiterungsprozess auf dem Westbalkan.

Tschechien möchte außerdem die NATO-EU-Beziehungen vertiefen, den Transatlantischen Wirtschaftsrat stärken und eine gemeinsame Strategie zum Klimawandel entwerfen. Ein Sondergipfel zu der »Östlichen Partnerschaft« ist im Frühjahr 2009 geplant.

Die tschechische Außenpolitik ist stark transatlantisch ausgerichtet. Auch die Bevölkerung schätzt die Beziehungen zu den USA als sehr gut ein, wie die Umfrage von CVVM zeigt (87% befinden die Beziehungen für gut).¹⁹ Beispiele aktueller Politik sind das bilaterale Abkommen zur Visumsfrage und die Verhandlungen zur Installierung des US-Radarsystems.²⁰ In beiden Fällen handelte die tschechische Regierung bilateral und nicht im Rahmen der EU oder der NATO.

Diese Alleingänge führen zu Unverständnis bei anderen EU-Mitgliedstaaten. Die tschechische Regierung kann nun während des Ratsvorsitzes zeigen, dass sie sich für eine gemeinsame transatlantische Politik einsetzt und ihre guten Beziehungen zu den USA auch auf die EU-Ebene übertragen kann. Die EU-Ratspräsidentschaft fällt dafür in die richtige Zeit: Der neue US-Präsident, in den die Europäer viel Hoffnung stecken, beginnt seine Arbeit. Auf dem EU-USA-Gipfel in Washington im Januar trifft die EU das erste Mal auf die neue US-Regierung. Auch zeigt die globale Finanzkrise die Notwendigkeit einer engen Kooperation. Die Zeichen für intensivere EU-USA-Beziehungen in einer Welt der globalen Finanzkrise könnten nicht besser stehen, und die tschechische Regierung wird sich gegenüber Vorschlägen der US-Amerikaner aufgeschlossen zeigen.

Neben guten transatlantischen Beziehungen ist es für die tschechische Regierung vorrangig, eine europäische Perspektive für die angrenzenden osteuropä-

ischen Staaten und den EU-Erweiterungsprozess auf dem Balkan zu unterstützen. Nach der Ausrichtung zum Mittelmeer-Raum während der französischen Ratspräsidentschaft fühlen sich die tschechischen Politiker gegenüber den östlichen Nicht-EU-Staaten verantwortlich und einer starken EU-Ostpolitik verpflichtet. Die tschechische Regierung spricht dabei auch für die anderen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten. Beispielsweise setzte sich Slowenien während seines EU-Ratsvorsitzes für den Beitritt der Westbalkan-Staaten ein. Polen und das Baltikum unterhalten enge Beziehungen zu Weißrussland und der Ukraine. Auf Initiative von Polen und Schweden veröffentlichte die Europäische Kommission im Dezember 2008 einen Vorschlag zur östlichen Partnerschaft.²¹ Die tschechische Regierung kann sich so innerhalb Mittel- und Osteuropas profilieren und eine Vorreiterrolle übernehmen.

Die neue östliche Partnerschaft unterstützen auch alte Mitgliedstaaten. An guten nachbarschaftlichen Beziehungen zu Ukraine und dem Kaukasus besteht Interesse aus ökonomischen und geopolitischen Gründen. Die Staaten sind wichtige Energietransitländer. Schwer werden es die tschechischen Politiker jedoch haben, neben den neuen EU-Staaten Unterstützer für eine forcierte EU-Erweiterung um den Westbalkan zu finden. Zwar befürworteten Staaten wie Deutschland prinzipiell den EU-Beitritt und den Assoziierungsprozess des Westbalkans. Nach dem irischen Nein zum Vertrag von Lissabon wollen die alten EU-Staaten jedoch zuerst die Frage nach der vertraglichen Grundlage der EU klären und dann über eine EU-Erweiterung entscheiden. Sie befürchten auch, dass die eigene Bevölkerung erweiterungsmüde ist. Gerade Deutschland steht kurz vor der Bundestagswahl im Herbst 2009 und wird deswegen keine Führungsrolle im Erweiterungsprozess übernehmen.

Der Vertrag von Lissabon

Neben den inhaltlichen Schwerpunkten (Energie, Wirtschaft und Außenbeziehungen) wird der Vertrag von Lissabon eine der Kernfragen der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft sein. Der Vertrag sollte bereits die Grundlage für die Präsidentschaft bilden. Durch die Ablehnung Irlands im Referen-

dum ist die zukünftige Grundordnung der EU jedoch unklar. Das tschechische Parlament ist das einzige (abgesehen vom irischen Sonderfall), das den Vertrag noch nicht ratifiziert hat. Der Ratifizierungsprozess in Tschechien wurde gestoppt, da Senatoren der ODS das tschechische Verfassungsgericht befragten, ob der Vertrag mit der tschechischen Verfassung vereinbar sei. Die Befürchtung war, dass der Lissabonner Vertrag die Souveränität Tschechiens grundlegend beschneide. Anfang Dezember 2008 stimmte das Gericht der Vereinbarkeit des Lissabonner Vertrags mit der tschechischen Verfassung zu und öffnete so den Weg für eine Ratifizierung. Für Václav Klaus, der persönlich zum Gerichtstermin erschien, um gegen den Vertrag zu argumentieren, war das ein herber Rückschlag.

Das Parlament und der Senat werden im Februar über den Vertrag abstimmen. Eine Zustimmung in beiden Kammern ist aller Voraussicht sicher: Nur Teile der ODS und die Kommunisten kündigten ihre Ablehnung an. Tschechien steht unter starkem Druck der anderen EU-Staaten, die auf eine baldige Ratifizierung drängen. So knüpfte beispielsweise Frankreich den EU-Beitritt Kroatiens, den Tschechien unterstützt, an die Implementierung des Lissabonner Vertrags.

Laut Umfrage von STEM im Oktober 2008 würden 55% der tschechischen Bevölkerung gegen den Lissabonner Vertrag stimmen. Sie geben an, die Implikationen des Vertrags nicht zu kennen. STEM schätzt aber, dass eine Kampagne der Regierung die knappe Mehrheit kippen könnte.²² Bisher hat es in Tschechien weder einen parlamentarischen noch einen öffentlichen Diskurs über den Vertrag gegeben.

Durch die fehlende Implementierung des Lissabonner Vertrags basiert die tschechische Ratspräsidentschaft auf dem Vertrag von Nizza. Dies wirkt sich vor allem auf zwei institutionelle Entscheidungen aus, die im nächsten halben Jahr gefällt werden: die Neuzusammensetzung der EU-Kommission und die Wahlen zum Europäischen Parlament.

Wird die neue EU-Kommission nach dem Vertrag von Nizza zusammengestellt, muss sie bereits aus weniger als 27 Kommissaren bestehen. Genau an dieser Regelung im Lissabonner Vertrag entzündete

sich die Ablehnung der Bevölkerung der kleinen Staaten. Jeder der 27 Staaten fordert einen Vertreter in dem wichtigen EU-Gremium. Die tschechische Regierung hat eine schwere Ausgangslage, in diesem Thema konstruktiv mitzuentcheiden. Ihr fehlt die Rückendeckung durch eine klare Position im eigenen Land. Deswegen wird es die Aufgabe der anderen EU-Staaten und vor allem Irlands sein, dieses Dilemma zu lösen.

Fazit

Wichtige Ereignisse prägen die erste Jahreshälfte 2009. Entscheidende Schritte werden in den transatlantischen und den EU-Russland-Beziehungen wie auch im Energiebereich erwartet. Eine Entscheidung über den Vertrag von Lissabon muss gefällt werden und die Wahlen zum Europa-Parlament stehen an. Die europäischen Regierungschefs müssen eine gemeinsame Antwort auf die Finanzkrise finden.

Die Debatte, ob Tschechien fähig ist, die EU in dieser Phase zu führen, hat in Tschechien die pro-europäischen Kräfte über Parteigrenzen hinweg gestärkt. Die tschechische Regierung kann sich auf eine stabile Mehrheit im Parlament stützen und die für den Ratsvorsitz entscheidenden Akteure befürworten den europäischen Integrationsprozess. Deswegen wird sie in den sechs Monaten eine europafreundliche Politik fahren. Ob sich die Regierungskoalition danach im Amt halten kann, ist jedoch fraglich.

Für die deutsche Regierung bedeutet das, dass sie die tschechische Regierung während der Ratspräsidentschaft nicht unter Druck setzen sollte. Denn das könnte die Angst der tschechischen Bevölkerung nähren, die EU beschneide die eigene Souveränität. Die fragile Stabilität der europafreundlichen Kräfte wäre geschwächt. Die Wahl zum Europäischen Parlament wird die Nagelprobe sein, ob es Tschechien, Deutschland und der ganzen EU gelingt, die pro-europäischen Kräfte in Europa zu stärken.

Marie-Lena May, Programmmitarbeiterin
Zentrum für Mittel- und Osteuropa der
Robert Bosch Stiftung der DGAP.

Anmerkungen

- 1 Klaus: Jsem disidentem EU (dt. Klaus: Ich bin EU-Dissident), in: Lidové Noviny (LN), 10.11.2008.
- 2 Die ODS (79 Sitze) stellt im Abgeordnetenhaus gemeinsam mit den Grünen (6 Sitze) und der KDU-ČSL (13 Sitze) die Regierung. Die Koalition hat 98 Sitze von 200. Die Opposition besteht aus den Sozialdemokraten (ČSSD, Česká strana sociálně demokratická, 70 Sitze), den Kommunisten (KSČM, Komunistická strana Čech a Morav, 26 Sitze) und 6 parteilosen Abgeordneten. Vgl. <<http://www.psp.cz/sqw/hp.sqw>>.
- 3 Topolánková vláda vydržela (dt.: Topoláneks Regierung hielt durch), in: České noviny, 22.10.2008.
- 4 Vgl. Le Figaro: Češi vedení EU nezvládnou (dt.: Le Figaro: Tschechen werden die EU-Führung nicht meistern), in: LN, 23.10.2008; CSU-Politiker Ferber befürchtet Stillstand unter tschechischer EU-Ratspräsidentschaft, in: Deutschlandradio, 28.10.2008; Mach's noch mal Sarko, in: Der Standard, 20.10.2008; Lob von allen Seiten, Sarkozy, encore une fois!, in: Financial Times Deutschland, 20.10.2008.
- 5 Klaus skoncoval s občanskými demokraty, už není čestným předsedou (dt.: Klaus beendet es mit der ODS, er ist nicht mehr Ehrenvorsitzender), in: Mlada Fronta Dnes (MF dnes), 6.12.2008, Po nové straně napravo od ODS pokukují už i poslanci (dt.: Mit einer neuen Partei rechts von der ODS liebäugeln auch schon Abgeordnete), in: MF dnes, 8.12.2008.
- 6 David Král, Piotr Kazmierkiewicz, Turkey and Ukraine: Wanted or Not? Central European Reflections of Their EU Membership Perspectives, Prag 2006, S. 13.
- 7 STEM Trendy 10/2008, <<http://www.stem.cz/tisk.php?id=1619>> (abgerufen am 28.10.2008).
- 8 Polovina lidí se domnívá, že Klaus škodí obrazu ČR (dt.: Die Hälfte der Bevölkerung meint, dass Klaus dem Bild der Tschechischen Republik schadet), in: MF dnes, 16.11.2008.
- 9 ČSSD nabízí ODS klid během předsednictví EU (dt.: ČSSD bietet ODS Ruhe während der EU-Präsidentschaft an), in: LN, 15.11.2008
- 10 Beliebtester Politiker war Bohuslav Sobotka, MP, Vizevorsitzender der ČSSD, STEM Trendy 11/2008, <<http://www.stem.cz/clanek/1647>> (abgerufen am 27.11.2008).
- 11 Vgl. Sektion für die Vorbereitung der Präsidentschaft der Regierung, České předsednictví EU 2009. Otázky a odpovědi (dt. Tschechische EU-Präsidentschaft 2009. Fragen und Antworten), Prag 2008
- 12 Česko má logo svého předsednictví (dt.: Tschechien hat das Logo seiner Präsidentschaft), in: LN, 12.11.2008; weitere Informationen vgl. auch: Úřad vlády: Hlavní prioritní oblasti českého předsednictví EU—aktuální informace, (dt.: Regierungsamt: Hauptprioritäten der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft – aktuelle Informationen) 13.11.2008, <<http://www.euroskop.cz/706/9471/clanek/hlavni-prioritni-oblasti-ceskeho-predsednictvi-eu—aktualni-informace/#>> (abgerufen am 14.11.2008)
- 13 Jan Karlas, Michal Kořan, Elsa Tulmets, Prag, die Visegrád-Gruppe und die EU; Tschechiens Ziele in der EU-Ratspräsidentschaft, in: Osteuropa, Nr. 7/2008, S. 153–163, hier S. 155.
- 14 Škoda chystá další velké odstávky (dt.: Škoda bereitet sich auf weiteren großen Produktionsstopp vor), in: MF dnes, 4.11.2008.
- 15 EU-8 entspricht den 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten außer Malta und Zypern, d. h. Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn, Slowenien.
- 16 Europäische Kommission, Freizügigkeit der Arbeitnehmer ist gut für Europas Wirtschaft (IP/08/1729), Brüssel 18.11.2008.
- 17 Aktionsprogramm der Bundesregierung, Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland, 16.7.2008, <http://www.bmas.de/core/media/generator/26946/2008_07_16_aktionsprogramm_fachkraefte.html> (abgerufen am 27.11.2008).
- 18 <http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100847s_pm81209.pdf> (abgerufen am 10.12.2008).
- 19 <http://www.cvvm.cas.cz/upl/zpravy/100847s_pm81209.pdf> (abgerufen am 10.12.2008).
- 20 Durch die neue US-Regierung und den Drohungen aus Russland zum Abwehrsystem kann es hier wieder zu einer Politikänderung kommen. Die tschechische Bevölkerung unterstützt die Entscheidung laut einer Umfrage des tschechischen Meinungsforschungsinstitut Středisko empirických výzkumů (STEM) von April 2008 auch nur zu 48%. Jedoch 71% der Befragten sehen die Notwendigkeit eines effektiven Abwehrsystems. Vgl. STEM, Vývoj situace kolem amerického radaru u nás (dt.: Entwicklung der Situation um das amerikanische Radar bei uns), 13.5.2008, <<http://www.stem.cz/clanek/1540>> (abgerufen am 27.10.2008).
- 21 Eastern Partnership, COM(2008) 823 final, Brüssel, 3.12.2008, <http://ec.europa.eu/external_relations/eastern/docs/com08_823_en.pdf>.
- 22 STEM Trendy 10/2008, <<http://www.stem.cz/tisk.php?id=1635>> (abgerufen am 28.10.2008).

